



An das  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Frau Heike Hänsel  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Walter J. Lindner**  
Staatssekretär

Berlin, den **19. Dez. 2017**

## Schriftliche Fragen für den Monat Dezember 2017

### Frage Nr. 12-109

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

Ihre Frage:

*Geht die Bundesregierung davon aus, dass angesichts der Kontrolle des Regierungslagers in Honduras über die Judikative (<http://laprensa.hn/honduras/925475-410/honduras-ellos-conforman-la-corte-suprema-de-justicia>; <https://www.nytimes.com/2015/06/26/opinion/why-hondurass-judiciary-is-its-most-dangerous-branch.html>) und damit auch das Oberste Wahlgericht (TSE) ([https://tse.hn/WEB/institution/CV-M\\_Matamoros.pdf](https://tse.hn/WEB/institution/CV-M_Matamoros.pdf)) sowie der Betrugsvorwürfe ein rechtsstaatlicher Ablauf der Präsidentschaftswahlen am 26. November 2017 weiterhin gewährleistet ist, und welche Schlussfolgerungen zieht sie über die Erklärung des Europäischen Auswärtigen Dienstes ([https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters.homepage/36791/statement-spokesperson-eu-high-representative-situation-honduras-we-expect-parties-express\\_en](https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters.homepage/36791/statement-spokesperson-eu-high-representative-situation-honduras-we-expect-parties-express_en)) hinaus aus den zahlreichen Unregelmäßigkeiten im Zuge des bis dato noch nicht abgeschlossenen Auszählungs- und Überprüfungsprozesses (<http://tiempo.hn/los-hondurenos-mercen-que-sus-votos-sean-contadois-com-transparencia-marisa-matias/>) – darunter der Ausfall des Computersystems des TSE*

*([http://www.laprensa.hn/honduras/elecciones2017/1129917-410/observadores\\_electorales-señalan-interrupcion-sistema-datos-tse-elecciones\\_honduras](http://www.laprensa.hn/honduras/elecciones2017/1129917-410/observadores_electorales-señalan-interrupcion-sistema-datos-tse-elecciones_honduras)), die vorübergehende Verweigerung einer externen Beobachtung und eine über Tage hinweg geltende militärisch durchgesetzte Ausgangssperre (<http://www.larazon.es/international/honduras-decreta-el-estado-de-exception-en-medio-de-crisis-electoral-CH17100992>) mit mindestens sieben von der Polizei getöteten Zivilisten – für die Gültigkeit des Wahlergebnisses?*

beantworte ich wie folgt:

Die Bundesregierung beobachtet die politische Auseinandersetzung um das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen in Honduras sehr aufmerksam.

Eine Wahlbeobachtermission der Europäischen Union (EU) hat die Wahlen seit dem 11. Oktober 2017 in allen Stadien verfolgt und die von den Oppositionsparteien geforderte Neuauszählung zusammen mit nationalen und anderen internationalen Wahlbeobachtern begleitet. Dabei hat sie festgestellt, dass es nur äußerst geringe Abweichungen zu dem vorher veröffentlichten Ergebnis gegeben hat.

Die EU-Wahlbeobachtermission hat nach Bekanntgabe des vorläufigen Endergebnisses durch das Oberste Wahlgericht am 17. Dezember 2017 eine entsprechende Stellungnahme abgegeben, der sich die Bundesregierung anschließt. Die Stellungnahme kann auf der Internetseite des Europäischen Auswärtigen Dienstes abgerufen werden ([https://eeas.europa.eu/election-observation-missions/eom-honduras-2017/37539/eu-eom-honduras-2017-statement-following-declaration-provisional-results-2017-general\\_en](https://eeas.europa.eu/election-observation-missions/eom-honduras-2017/37539/eu-eom-honduras-2017-statement-following-declaration-provisional-results-2017-general_en)). Die Bekanntgabe des amtlichen Endergebnisses der Wahlen wird für den 26. Dezember 2017 erwartet. Die Bundesregierung wird im Anschluss daran gemeinsam mit den europäischen Partnern das weitere Vorgehen abstimmen.

Zusammen mit weiteren Vertretern der internationalen Gemeinschaft, u.a. der Interamerikanischen Entwicklungsbank und der Weltbank sowie den Wahlbeobachtermissionen der EU und der Organisation Amerikanischer Staaten hat die Bundesregierung die honduranischen Justizbehörden zu einer genauen Klärung der Umstände aller Todesfälle, die es bei gewalttätigen Auseinandersetzungen zu beklagen gab, aufgefordert.

Die Bundesregierung hat die honduranische Regierung und Opposition zur Besonnenheit aufgerufen und an beide Seiten appelliert, keine weitere Gewalt anzuwenden und eine friedliche Lösung zum Wohle des gesamten Staates zu finden.

Mit freundlichen Grüßen

